

## Internationale Freigeistige Rundschau 4/2010

### Europa

#### Deutschland

I (4079) **Frankfurt/Main**. Die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller wiederholte ihre schweren Vorwürfe gegen die evangelische Kirche. Bereits vor 20 Jahren hatten Müller und mehrere Politiker dem Deutschen Evangelischen Kirchentag vorgeworfen, sich sogar in Deutschland dem Druck des rumänischen Regimes gebeugt zu haben.

Bei der Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ erinnerte die aus dem Banat stammende Schriftstellerin an die Ausladung ihres Mannes Richard Wagner vom Kirchentag 1989 in Berlin (West). Die Autorin, die sich in ihren Werken u.a. mit Deportation und Vertreibungen unter dem kommunistischen Regime des Diktators Ceausescu beschäftigt, lebt seit 1987 in Deutschland und sollte beim Kirchentag mit ihrem Mann im Forum „Die rumänische Wohnung im europäischen Haus“ über die Menschenrechtssituation in Rumänien berichten. Doch kurz zuvor wurde Wagner mit der Begründung ausgeladen, dass er katholisch sei.

Der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer (FDP), sagte, man habe Druck auf ihn ausgeübt, der Veranstaltung fernzubleiben. Dem habe er sich widersetzt. Der Leiter des Menschenrechtskomitees der Heinrich-Böll-Stiftung, Lukas Beckmann von den „Grünen“, forderte die Kirchentagsleitung zu einer Stellungnahme auf. Er zitierte aus einem Schreiben der rumänischen Regierung und der lutherischen Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien an die Kirchentagsleitung. Danach hatte der rumänische Botschafter in Bonn, Marcel Dinu, im März 1989 den Kirchentag zur Ausladung Wagners und Müllers gedrängt, weil eine „Verleumdung“ seines Landes zu befürchten sei.

Erst vor relativ kurzer Zeit habe Frau Müller ein Tonband anonym in ihrem Briefkasten gefunden. Dabei handelt es sich um den Mitschnitt eines Telefongesprächs zwischen dem damaligen Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Albert Klein, und dem schauenburg-lippischen Landesbischof Joachim Heubach, der damals auch Präsident des Diaspora-Werks Martin-Luther-Bund war. Darin war von Vorwürfen rumänischer Diplomaten gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rumäniens die Rede. Der Kirchentag hatte im März 1989 das Präsidiumsmitglied Eleonore von Rotenhan zur Klärung der Lage nach Siebenbürgen geschickt. Sie erklärte nach ihrer Rückkehr, die evangelische Kirche habe Bedenken gegen die Mitwirkung eines aus dem Banat stammenden Katholiken erhoben. Die Ausladung sei nicht aufgrund einer staatlichen Intervention erfolgt. Frau Müller bezeichnete diese Darstellung als „fadenscheinige Ausrede“. Die einzige Reaktion seitens der EKD bestand in dem Hinweis, die Angelegenheit sei nicht neu. Bis heute hat sich weder die rumänische noch die deutsche evangelische Kirche für ihr Duckmäusertum entschuldigt. (*idea*, 2.11.10)

I (4080) **Regensburg**. Die Forderung eines Schülervaters, das Kreuz in einer Klasse des staatlichen Regensburger Albertus-Magnus-Gymnasiums abzunehmen, stieß teils auf heftige, teils aber auch auf besonnene Reaktionen. Der promovierte und habilitierte Physiker an der Universität hatte ursprünglich nur dagegen vorgehen

wollen, dass ohne sein Wissen in der Klasse seines Sohnes zwei Jahre lang zu Unterrichtsbeginn gebetet worden sei. Das hatte sich der bekennende Atheist im Gespräch mit der Schulleitung verbeten. „Und wenn man schon dabei ist, nimmt man das Kreuz natürlich auch gleich mit.“

Da es zunächst irrtümlich hieß, der Mann sei Ausländer, warf ihm der Regensburger Bürgermeister und Pfarrgemeinderat Weber (CSU) vor, er missbrauche sein Gastrecht in Deutschland. Er griff auch die Klassenleiterin und die Schulleitung an, weil sie dem Begehren sofort nachgegeben und ihn als „Schulbürgermeister“ nicht informiert hätten. Das Kultusministerium sah jedoch keinen Anlass einzugreifen und ein Rechtsprofessor an der Universität wies darauf hin, dass an staatlichen Gymnasien und Realschulen - im Gegensatz zu Volksschulen - unmittelbar der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1995 gelte: "Die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule, die keine Bekenntnisschule ist, verstößt gegen Art. 4 Abs. 1 des Grundgesetzes." Der Bund für Geistesfreiheit ergänzte u.a., dass Kommunalpolitiker an staatlichen Schulen kein Mitspracherecht und daher auch keinen Anspruch auf Information hätten. (*Mittelbayerische Zeitung*, 12. u. 16.11.10)

I (4081) **Köln**. Der Kölner Kardinal Meisner machte der Union direkt vor ihrem Bundesparteitag massive Vorhaltungen und hält eine neue konservative oder christliche Partei nicht für chancenlos. „Ich glaube, wenn man entsprechende Persönlichkeiten hätte, dann hätte eine konservative Partei durchaus eine Chance.“ Er habe den Eindruck, dass „die CDU in ihrer jetzigen Situation ahnt, dass so etwas passieren könnte und dass sie sich in gewissen Punkten ein wenig am Riemen reißen müsste“, betonte der Erzbischof. Das „C“ im Parteinamen sei „kein beliebiges Kennzeichen, sondern ein Markenzeichen des Christentums, und das verpflichtet auf Christus“. In dem Interview erneuerte der Kardinal auch seine Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), weil diese den Papst wegen dessen Umgang mit der Piusbruderschaft und Holocaust-Leugner Richard Williamson viel zu scharf angegriffen habe. Die harsche Kritik aus Deutschland habe Benedikt XVI. „sehr getroffen. Und dann auch noch die Kanzlerin, die über den Papst herfiel. Da kann man sich nur an den Kopf fassen.“ (*KNA*, 14.11.10)

Tatsächlich machte der Parteitag mit der totalen Ablehnung der pränatalen Implantationsdiagnostik (wenn auch nur hauchdünn mit 51 Prozent) eine Rückwendung zum klerikalen Konservatismus. Dazu trug auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch bei. Bei einem ökumenischen Gottesdienst zum Beginn des CDU-Bundesparteitags rief er die Delegierten auf, bei Fragen des Lebensschutzes, der Würde des Menschen und bei gesellschaftlichen Themen wie Integration und Armut die Sehnsucht nach Leben als Richtschnur für das politische Handeln zu sehen. (*Radio Vatikan*, 15.11.10)

I (4082) **Saarbrücken**. Der bekannte Theologe Hasenhüttl ist aus der katholischen Kirche ausgetreten, will aber Teil der Glaubensgemeinschaft bleiben. Der als Priester suspendierte Hasenhüttl zieht einen Schlussstrich unter seinen jahrelangen Streit mit dem Bistum Trier und dem Vatikan. Er war 2003 als Priester ausgerechnet vom jetzigen Münchner Kardinal Marx suspendiert worden, weil er beim 1. Ökumenischen Kirchentag von Berlin die Kommunion an Protestanten ausgegeben hatte. „In der Institution Kirche geht es nicht um den einzelnen Menschen, sondern um eine starre, fundamentalistisch orientierte Institution“, teilte Hasenhüttl mit. In einem Brief an den Trierer Bischof Ackermann betont er allerdings, es sei „selbstverständlich, dass ich die Katholische Kirche als Glaubensgemeinschaft

nicht verlasse“. Er beruft sich auf den Päpstlichen Rat für die Gesetzestexte von 2006, der betonte, dass ein bloß formaler Kirchenaustritt noch keinen Abfall vom Glauben darstellt, dass also ein Betroffener deshalb nicht exkommuniziert wird. (*Saarbrücker Zeitung*, 16.11.10)

I (4083) **Freiburg**. Die Deutsche Bischofskonferenz sah sich aufgrund einer ausführlichen Berichterstattung (u.a. im *Spiegel* und im doppelseitigen Beitrag „Wie die Kirche sich von den Heiden finanzieren lässt“ in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 14.11.10) zu einer ausführlichen Stellungnahme veranlasst. Einerseits wehrte sie sich gegen Vorwürfe, wonach die Kirchen in Deutschland bei staatlichen Leistungen privilegiert behandelt würden. Andererseits behauptete sie, dass „es auch im Interesse des Staates liegt, Kräfte zu stärken, die den Bürgern Überzeugungen und Wertebindungen vermitteln“, was eine Rechtfertigung von gewährten Privilegien bedeutet. Ferner behauptete sie, dass sich die katholische Kirche „zunächst“ überwiegend aus der Kirchensteuer finanziere. Ausgelöst worden war die Debatte durch das kürzlich erschienene „Violettbuch Kirchenfinanzen“ von Carsten Frerk. Darin weist der Autor nach, dass die Kirchen in Deutschland zu einem hohen Anteil von staatlichen Geldern leben. Nach seinen Berechnungen erhalten die Kirchen jährlich mit rund 19 Milliarden Euro vom Staat mehr als das Doppelte der Kirchensteuereinnahmen (9,3 Mrd. €). Außerdem kommen inzwischen nur noch ganze zwei Prozent der Kirchensteuern öffentlichen sozialen Zwecken zugute. (*faz.net*, 15.11.10; *KNA*, 18.11.10)

I (4084) **Berlin/Mainz**. Der Versuch kirchenkritischer Sozialdemokraten, einen „Laizisten“-Arbeitskreis zu gründen, stößt in den eigenen Reihen auf Widerstand. Auf Veranlassung des Bundesvorstands wurde die Homepage der SPD-Laizisten vorübergehend gesperrt.

Parteichef Gabriel machte deutlich, dass ihm die Initiative nicht recht ist: Es handele sich um einen privaten Zusammenschluss. Beim SPD-Parteivorstand gebe es keinerlei Bestrebungen zur Einsetzung eines solchen Arbeitskreises. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese meinte, die Positionen der Gruppe seien „problematisch“ und widersprüchen „in einigen Punkten unserem Grundsatzprogramm“.

Die Jusos Rheinland-Pfalz wiederum begrüßen hingegen die geplante Gründung des „Arbeitskreises Laizisten und Laizistinnen“ in der SPD. Es solle beispielsweise nicht länger möglich sein, dass die Kirchen Mitarbeiter wegen privater Umstände, beispielsweise einer Scheidung, entlassen können. Zu den vielfältigen und komplizierten Verflechtungen des Staates mit verschiedenen Weltanschauungsgemeinschaften, besonders den beiden großen Kirchen, hätten die Jusos Rheinland-Pfalz einen eigenen Arbeitskreis eingerichtet. (*Die Welt*, 19.10.10) Dazu müssen sie sich allerdings erst einmal gegen ihren SPD-Landesvorsitzenden durchsetzen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck sprach sich nämlich deutlich gegen eine stärkere Trennung von Staat und Kirche aus. Er warf in diesem Kontext FDP-Generalsekretär Christian Lindner "schnöselhafte Dummheit" vor. "Herr Lindner stellt die Rolle der Kirchen in diesem Land massiv infrage, aber aus der Union kommt nichts dazu". Er frage sich, "wieso all diejenigen, die stets das christliche Abendland verteidigen, hierzu schweigen". Lindner hatte zuvor eine stärkere religiöse Neutralität des Staates angemahnt. "Wenn sie morgen die Kirchensteuer abschaffen, brechen übermorgen große Teile unseres sozialen Sektors zusammen", so Beck. "Herr Lindner soll das mal all den hilfe- und

pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen erklären, die auf kirchliche Sozialeinrichtungen angewiesen sind." (Welt am Sonntag, 20.11.10)

Lindner reagierte daraufhin erbost über Beck, denn er hatte gar nicht gefordert, die Kirchensteuer abzuschaffen. Er wolle lediglich „eine neue deutsche Leitkultur diskutieren, die auf republikanischen statt religiösen Werten aufbaut, damit sie allen Mitgliedern unserer bunten Gesellschaft offensteht. Es ist provinziell von Herrn Beck, diese Debatte mit falschen Behauptungen auf Finanzfragen zu reduzieren." (*Die Welt*, 22.11.10)

I (4085) **Osnabrück**. Bischof Franz-Josef Bode hat als erster Chef einer deutschen Diözese ein medienwirksames „öffentliches Schuldbekenntnis“ bezüglich den Missbrauchsfällen der Katholischen Kirche abgelegt. Während des Bußgottesdienstes vermied er es aber peinlichst, irgendwelche Zusagen an die Opfer zu machen. Außerdem bekannte er die Schuld der Kirche in Form von Verschleierung, Vertrauens- und Machtmissbrauch nur vor Gott, nicht vor den Missbrauchten, nachdem er bei einer Klausurtagung von den Vertretern der Räte und Gremien der Diözese Osnabrück um ein solches „Zeichen“ gebeten worden war. Im Bistum Osnabrück sind in der Vergangenheit insgesamt 28 Hinweise auf Missbrauchsfälle eingegangen, dabei wurden 16 Priester beschuldigt. Elf von ihnen sind jedoch bereits gestorben. Nur ein einziger der Geistlichen wurde von der Staatsanwaltschaft unter dem Vorwurf der Vergewaltigung angeklagt. (bild.de, 23.11.10)

I (4086) **Trier**. Die Deutsche Bischofskonferenz hat einen Zwischenbericht ihrer Hotline für Opfer sexueller Gewalt vorgelegt. Danach wurden von März bis Mitte Oktober 2010 über 3.400 Gespräche am Telefon geführt. Es gab 213 Internet-Beratungen. Insgesamt informierten sich fast 23.000 Menschen über das Angebot der Hotline. Die bundesweite Hotline für Opfer sexueller Gewalt wird vom Bistum Trier im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz durchgeführt. Derzeit arbeiten vier Berater bei der Hotline, die bis September 2011 geschaltet sein soll. (Pressemitteilung der Katholischen Bischofskonferenz, 24.11.10)

I (4087) **Erfurt**. Gegen die Sendung *ChiRho*, die derzeit im KiKa (Kinderkanal) läuft, erhob sich von verschiedenen Seiten Protest, weil sie sich als Reklamesendung für die christliche Religion darstellt. Sie ist verpackt als Comic für Kinder, in der, beginnend mit Adam und Eva, mittels lustiger Episoden Kindern die Bibel und die Geschichte Jesu näher gebracht wird. Eine solche Darstellung widerspreche dem Artikel 140 des Grundgesetzes, der auch bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine klare Trennung von Staat und Kirche vorschreibt. Der Sender reagierte darauf mit folgender Pauschalantwort, die er undifferenziert allen Kritikern zusendet und unverhüllt zugibt, dass die Sendung einen missionarischen Auftrag hat: „Der Fakt, dass wir, wenn es um die Auseinandersetzung mit religiösen Inhalten geht, vorrangig christliche Sendungen in unserem Programm anbieten, liegt darin begründet, dass das Christentum die in unserer Kultur am weitesten verbreitete Glaubensrichtung darstellt. Die Abenteuer in Chi Rho basieren auf den Erzählungen der Bibel. Die Zeichentrickserie lädt Kinder dazu ein, diese Geschichten zu erleben und mit ihren Helden mitzufiebern.“ Im weiteren Text wurde die Bibel gleichgesetzt mit „Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Respekt“, indem behauptet wird: „So stellt CHI RHO auf zeitgemäße und kindgerechte Art die Bedeutung von Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Respekt dar. Unsere Zuschauer erfahren spielerisch etwas über ihre religiöse und kulturelle

Herkunft, ihre Wurzeln und somit ihre Identität - ein wichtiger Aspekt, da auch nicht-christliche Familien unter anderem christliche Feiertage wie Weihnachten oder besondere Rituale begehen. Das Format wendet sich dabei nicht nur an Christen, sondern an alle Kinder. Egal, aus welchem Kulturkreis sie entstammen oder welcher Religion sie angehören.“ (MIZ-Recherchen, KiKa-Eigendarstellung)

I (4088) **Ansbach**. Eine waghalsige These vertreten mehrere evangelikale und ultrakonservative christliche Publizisten in einer Streitschrift „Die missbrauchte Republik – Aufklärung über die Aufklärer“. Demnach seien „linke Kreise“ für den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen mitverantwortlich, weil rund 30 Jahre lang Pädagogen, Kirchenmitarbeiter, Juristen und Politiker sexuelle Aktivitäten von Erwachsenen mit Kindern verharmlost oder sogar angepriesen haben sollen. Herausgeber ist der Vorsitzende der ultrakonservativen „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern“. Warum allerdings sollten ausgerechnet Pfarrer in besonderem Maße die Schriften solcher Sexualaufklärer gelesen und ihren Ausführungen in derartigem Maße Glauben geschenkt haben, dass sie unter den Sexualstraftätern mindestens achtfach überrepräsentiert sind (vgl. MIZ-Meldung 4064 aus der MIZ 3/2010) ? Diese offene Frage bleibt nicht die einzige Unlogik in dem leicht durchschaubaren Ablenkungs-Konvolut. (*idea*, 28.11.10)

I (4089) **Augsburg/Schrobenhausen**. Der „Mann fürs Grobe“ von Ex-Bischof Mixa, Dirk Hermann Voß, ist vom neuen Bischof als Geschäftsführer des Augsburger St-Ulrichs-Verlags abgesetzt und damit faktisch entmachtet worden. In dem Verlag erscheint u.a. die Kirchenzeitung des Bistums, dessen Herausgeber und zeitweiliger Chefredakteur Voß war. Zum Verhängnis wurde dem politischen Rechtsaußen allerdings nicht nur seine einseitige kirchenpolitische Linie, die sogar die (keineswegs progressive) Berliner Bistumszeitung Mitte 2010 zur Beendigung der Zusammenarbeit veranlasst hatte, sondern eine weitere Eigenmächtigkeit: Er integrierte in den Verlag auch Zeitschriften und Propaganda-Publikationen der rechtskonservativen Paneuropa-Union, bei der Voß führender bayerischer Funktionär ist.

Fast gleichzeitig entschuldigten sich im Rahmen eines Treffens *sämtliche* Leiter katholischer Heime im Bistum Augsburg für die Misshandlungen und sexuellen Missbräuche, die der Erklärung zufolge offenbar in *allen* Einrichtungen stattgefunden hatten. Insider gehen davon aus, dass auch diese Erklärung, die immerhin mit fünfmonatiger Verspätung die erste umfassende offizielle Reaktion auf die Prügelvorwürfe gegen Mixa darstellt, vom neuen Bischof gefordert worden war. Um aber den Ex-Bischof aus der Schusslinie zu nehmen (wie dies auch der Papst nach einer persönlichen Audienz von Mixa im Mai 2010 gefordert hatte), entschuldigten sich gleich alle Heimleiter pauschal – und im publizistischen Windschatten der Voß-Entlassung.

Als ganz ideal erwies sich der Termin dennoch nicht: Exakt am gleichen Tag verurteilte das Augsburger Landgericht einen Priester wegen sexuellen Missbrauchs in fünf Fällen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung, nachdem sich die Staatsanwaltschaft ursprünglich mit einem Jahr hatte begnügen wollen. Doch nicht dieser (für klerikale Verhältnisse) reine Routinefall erregte die Gemüter, sondern dass sich der Pfarrer früher in Schiltberg bei Aichach zahlreiche deutlich schwerere Sexualdelikte hatte zuschulden kommen lassen, die nun nicht mehr geahndet werden konnte, weil ihn die Diözese damals gedeckt hatte. Der Täter wurde nach eindeutigen Vorwürfen aus dem Dorf 1999 versetzt, wobei die Bistumsleitung sogar

ausdrücklich behauptete, dieser Schritt erfolge rein routinemäßig und habe nichts mit irgendwelchen Vorwürfen zu tun. (*Augsburger Allgemeine*, 1., 2. u. 3.12.10)

I (4090) **München**. Der von der katholischen Rechtsanwältin Marion Westpfahl vorgelegte 250-seitige Untersuchungsbericht zu Missbrauchsfällen in der Erzdiözese München erwies sich trotz seiner Lückenhaftigkeit als weit umfangreicher, als dies selbst kirchenkritische Beobachter erwartet hatten. Laut Aktenlage wurden mindestens 159 Priester in den letzten Jahrzehnten „auffällig“ (d.h. zu Sexualstraftätern), aber ganze 26 auch verurteilt. Bei 17 weiteren Klerikern sei „davon auszugehen, dass sie strafbare Sexualdelikte verübten“, bei nochmals 36 weiteren „finden sich Nachrichten über Gewalttaten in den Akten“. Außerdem wurden mindestens 15 Diakone, sechs Laien-Mitarbeiter und 96 Religionslehrer zu Tätern. Gleichzeitig räumte die Anwältin ein, dass es trotz der Durchsicht von 13.200 Akten eine enorme Dunkelziffer gibt, deren Ausmaß gar nicht zu beziffern ist. So erklärte sie auf Nachfrage, sie könne nichts zu dem Priester Peter H. sagen, der zur Amtszeit des Kardinals Ratzinger wegen des Missbrauchs von Minderjährigen aus Essen abgeschoben und in München gleich wieder eingesetzt wurde. Obwohl dieser Fall im Frühjahr für erhebliches Aufsehen gesorgt hatte, kam er in den Akten gar nicht vor. Noch am 29.11., also unmittelbar zuvor, präsentierte der Spiegel dazu neues belastendes Material, was sogar den Vatikansprecher persönlich zu einem Dementi veranlasste. (vgl. *Radio Vatikan*, 28.11.10)

Die Anwältin teilte immerhin mit, dass ein Teil der Akten in der Privatwohnung des (inzwischen verstorbenen) Personalreferenten Fahr aufbewahrt und teilweise wohl auch entsorgt worden sei. Aber auch im Ordinariat sei systematisch vertuscht worden und es hätten „Aktenvernichtungen in erheblichem Umfang“ stattgefunden. Wurden Priester in andere Diözesen versetzt, fehlten regelmäßig die Gründe dafür. Ging es um Sexualdelikte, finde sich ein „euphemistischer und verharmlosender Sprachgebrauch“, der es heute unmöglich mache zu erahnen, wie schwer die Delikte und wie hoch die Zahl der Opfer war. Dass die Täter fast nie bestraft wurden, führt Westpfahl auf ein „fehlinterpretiertes klerikales Selbstverständnis“ zurück, das den „rücksichtslosen Schutz des eigenen Standes im Auge gehabt“ habe. Kardinal Ratzinger persönlich kommt nur einmal vor, als er einem schuldig gewordenen Priester trotz dessen Bitten die weitere Ausübung des Priesteramts untersagt habe – angezeigt wurde er allerdings auch nicht. Egal ob die verantwortlichen Kardinäle Döpfner, Ratzinger oder Wetter hießen – die Opfer hätten bei keinem Gehör gefunden und die Täter seien „bis an den Rand der Strafvereitelung“ geschützt worden. (*Süddeutsche Zeitung*, 4.12.10)

Anm. *MIZ*-Red.: Aufschlussreich ist auch die Persönlichkeitsstruktur der Täter: meist 45- bis 65-jährig, vom Leben frustriert, mit dem Alltag nicht mehr zurechtkommend, oft alkoholabhängig. Dies lässt den Schluss zu, dass auch viele einst idealistische Priester im Laufe der Zeit an den logischen Widersprüchen ihrer sexualfeindlichen Lehre zweifeln und oft genug verzweifeln. Daher sind diese Täter gleichzeitig auch Opfer eines unmenschlichen Systems – was ihre persönliche Schuld jedoch nicht geringer macht, denn sie hätten sich diesem „Teufelskreis“ ja rechtzeitig entziehen können.

Großbritannien

I (4091) **Edinburgh**. Das schottische Parlament hat sich gegen eine Legalisierung der Beihilfe zur Selbsttötung ausgesprochen. Am Mittwoch lehnten die Abgeordneten mit 85 zu 16 Stimmen einen entsprechenden Gesetzentwurf ab. Wäre die

Gesetzesvorlage angenommen worden, so hätte erstmals in Großbritannien die Beihilfe zur Selbsttötung nicht unter Strafe gestanden - faktisch wird Suizidassistenten im Vereinigten Königreich jedoch ohnehin nicht bestraft. Der Entwurf war von einer parteilosen Abgeordneten eingebracht worden, die an Parkinson leidet. Ein Sprecher der katholischen Kirche Schottlands bezeichnete die Ablehnung des Gesetzentwurfs als einen „großen Sieg“. (KNA, 3.12.10)

I (4092) **London**. Mit Wirkung zum 19.11.2010 wurden fünf anglikanische Bischöfe offiziell in die römisch-katholische Kirche aufgenommen. Sie werden Anfang Januar in einem eigens für sie eingerichteten Ordinariat „in die volle Gemeinschaft mit der römisch-katholischen Kirche“ eintreten und ihren Bischofsrang behalten. Das hat die katholische Bischofskonferenz von England und Wales am Freitag bei einer Pressekonferenz mitgeteilt. Die Bischöfe waren unzufrieden mit einigen Entwicklungen in der anglikanischen Kirche, wie zum Beispiel der Weihe von Frauen und Homosexuellen. Die katholische Kirche in England erhofft sich eine massive Sogwirkung von der anglikanischen in die katholische Kirche. (*The Telegraph*, 16.11.10; *The Times*, 20.11.10)

### *Luxemburg*

I (4093) **Luxemburg-Stadt**. Die vom Erzbischof eingerichtete Missbrauchs-Hotline hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Zwischen April und Juni 2010 sind demnach 138 Anrufe eingegangen. Rund 100 davon bezogen sich dabei auf Gewaltanwendung durch Vertreter der Kirche, der Rest auf sexuelle Übergriffe. Aus der Pressemitteilung des Erzbistums ging allerdings nicht einmal ansatzweise hervor, dass daraus irgendwelche Konsequenzen gezogen oder gar Täter angezeigt werden sollen. (Presseerklärung der Erzdiözese Luxemburg, 18.11.10)

### *Polen*

I (4094) **Warschau**. In der Korruptionsaffäre um die Entschädigung der katholischen Kirche in Polen für in der kommunistischen Ära beschlagnahmtes Eigentum gibt es erste personelle Konsequenzen. Ein von der Polnischen Bischofskonferenz berufenes Mitglied der staatlichen Restitutionskommission trat zurück. Die Bischofskonferenz teilte am Montagabend mit, ihr Generalsekretär Stanislaw Budzik habe den Rücktritt des Warschauer Anwalts Piotr Peronczyk angenommen. Peronczyk wird laut polnischen Presseberichten beschuldigt, vor zwei Jahren 50.000 Euro Schmiergeld kassiert zu haben. Gegen die Arbeit der vor zwanzig Jahren gebildeten Restitutionskommission aus je sechs Vertretern der Regierung und der Bischofskonferenz wurden in den vergangenen Monaten zahlreiche Betrugs- und Korruptionsvorwürfe laut. Regierung und Bischofskonferenz haben vor wenigen Wochen vereinbart, die Restitutionskommission Ende des Jahres aufzulösen. Künftig sollen Gerichte darüber entscheiden, ob und wie kirchliche Einrichtungen für die 1950 erfolgte Verstaatlichung ihres Eigentums entschädigt werden. (KNA, 23.11.10)

### *Russland*

I (4095) **Bogoljubowo**. Auch in Osteuropa zeigt sich die Kirche (diesmal die orthodoxe) von ihrer charakteristischen Seite. Aufgrund von Misshandlungsvorwürfen musste der russisch-orthodoxe Erzbischof Jewlogi von Wladmiri und Susdal das Internat an einem Frauenkloster schließen. Nonnen des Klosters hatten Kinder und

Jugendliche im 200 Kilometer nordöstlich von Moskau gelegenen Bogoljubowo mit Gürteln geschlagen haben. Die Oberin und der geistliche Leiter des Klosters wurden abberufen. Die Kirchenleitung in Moskau schaltete sich ein und ordnete eine Untersuchung an. Der Sprecher des Moskauer Patriarchats, Wladimir Legojda, begrüßte die Entscheidungen des Erzbischofs. (*kipa*, 15.11.10)

### *Schweiz*

I (4096) **Bern**. Erstmals wurden in einer offiziellen „Finanzanalyse Kirchen die komplexen Finanzflüsse und Dienstleistungen von Religionsgemeinschaften in der Schweiz berechnet. Die römisch-katholische und die evangelisch-reformierten Kirchen erhalten demnach umgerechnet *mindestens* 409 Millionen Euro jährlich aus öffentlicher Hand. 957 Millionen Euro kämen aus Kirchensteuern. Bei der mehrjährigen Studie handele es sich um ein Pionierprojekt, sagte der Vizedirektor im Schweizer Bundesamt für Justiz bei der Vorstellung in Bern. Er räumte allerdings auch ein, dass die Finanztransfers des Staates an die Kirchen derzeit nicht komplett erfasst werden könnten. Insgesamt rechtfertigten die zuständigen staatlichen Stellen (wie nicht anders zu erwarten war) die staatlichen Leistungen an die Kirchen. Dass diese auch von der wachsenden Zahl der Konfessionslosen aufzubringen sind, war kein Thema der Untersuchung. Ebenso wurde nicht zwischen öffentlichen und innerkirchlichen Aufgaben unterschieden. (*kipa*, 24.11.10; *Neue Züricher Zeitung*, 24.11.10)

### *Serbien*

I (4097) **Belgrad**. Der abgesetzte serbisch-orthodoxe Bischof Artemije droht mit einem Schisma. Das berichtet die Belgrader Tageszeitung „Blic“. Der 75-jährige Vertreter der serbisch-orthodoxen Kirche im Kosovo war im Mai nach Vorwürfen finanzieller Unregelmäßigkeiten vom Heiligen Synod abberufen worden. Jetzt droht er offenbar mit der Gründung einer neuen Kirche, die „Wahre Kirche des heiligen Saba“ heißen soll. Artemije wird nach Zeitungsangaben von einer Gruppe von Mönchen unterstützt. Der Kosovo ist die historische Wiege der serbischen Orthodoxie und Heimstatt zahlreicher Klöster. (*Blic*, 11.11.10)

### *Spanien*

I (4098) **Madrid**. Wenige Tage nach dem Papst-Besuch stoppte die sozialistische Regierung ihre Gesetzesreform zur Religionsfreiheit. Ratzinger hatte eine „aggressive Säkularisierung“ in Spanien beanstandet. Allerdings ist nicht diese Kritik Anlass für den Stopp des Gesetzes. Vielmehr hat der Widerstand der baskischen Nationalisten und der Kanarischen Regionalpartei den Gesetzesvorschlag zu Fall gebracht. Es gebe derzeit weder einen politischen noch einen sozialen Konsens für die Reform zur religiösen Freiheit, sagte Regierungschef Jose Luis Zapatero. Der Entwurf sah unter anderem die Entfernung religiöser Symbole aus allen öffentlichen Einrichtungen vor. Konkret hätten etwa Kreuze und Marienstatuen aus Spaniens öffentlichen Schulen, Krankenhäusern oder Ministerien entfernt werden müssen. Bei offiziellen Feiern oder Staatsbegräbnissen etwa von Politikern oder gefallenen Soldaten wären künftig katholische Zeremonien ausgeschlossen gewesen, um den nichtkonfessionellen Charakter des Staates zu unterstreichen. (*kipa*, 13.11.10)



## Vatikan

I (4099) **Vatikanstadt**. Der Heilige Stuhl selbst hat voreilige Sensationsmeldungen zum Thema „Lockert Papst Kondom-Verbot?“ ganz schnell auf den Boden der Realität zurückgeholt. Von einer Erlaubnis zur Benutzung von Kondomen kann keine Rede sein. Der *Osservatore Romano* zitierte aus dem Interviewbuch „Licht der Welt“. Darin sagt der Papst: „Es mag begründete Einzelfälle geben, etwa wenn ein Prostituirter ein Kondom verwendet, wo dies ein erster Schritt zu einer Moralisierung sein kann, ein erstes Stück Verantwortung, um wieder ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass nicht alles gestattet ist und man nicht alles tun kann, was man will“. Dies sei aber nicht die „eigentliche Art, das Übel der HIV-Infektion zu besiegen“.

Aufmerksam wurde registriert, dass nur von männlichen Prostituierten die Rede war. In der öffentlichen innerkatholischen Diskussion wurde allerdings auch offen wie nie zuvor eingeräumt, dass sich auch strenggläubige Katholiken in diesem Punkt von der Kirche nichts mehr vorschreiben lassen und päpstliche Aussagen zur Verhütung völlig irrelevant sind.

Noch am gleichen Tag stellte Vatikansprecher Federico Lombardi anlässlich der Medienreaktionen klar, dass die katholische Kirche ihre Lehre zum Kondomgebrauch nicht ändere. (*Osservatore Romano*, 21.11.10; *dpa*, 22.11.10; *KNA*, 22.11.10)

I (4100) **Vatikanstadt**. Die Päpstliche Akademie der Wissenschaften hat sich für die Nutzung von gentechnischen Pflanzen ausgesprochen. Der Heilige Stuhl lehnte es ab, sich davon inhaltlich zu distanzieren, machte aber deutlich, dass diese Stellungnahme nicht die offizielle Position des Vatikans ist. Dieser werde dazu keine offizielle Erklärung abgeben. (*Radio Vatikan*, 1.12.10)

## Nordamerika

### Vereinigte Staaten

I (4101) **Washington**. Die geheimen US-Dokumente über den Vatikan, die auf den Internet-Seiten von "Wikileaks" veröffentlicht wurden, lassen am derzeitigen Papst kein gutes Haar. Unter anderem geht daraus hervor, dass die konservative amerikanische Regierung von der Wahl Joseph Kardinal Ratzingers zum Papst im Jahr 2005 unangenehm überrascht und regelrecht „schockiert“ war. Die US-Außenpolitik hatte darauf gesetzt, dass ein lateinamerikanischer Kardinal oder aber die als „progressiv“ eingestuften Kardinäle Tettamanzi oder Daneels zum Nachfolger von Papst Johannes Paul II. gekürt werden würde.

Auch andere katholische Würdenträger wurden von der amerikanischen Regierung eingeschätzt – zumeist als dogmatisch und wenig flexibel. Wie so viele andere vertrauliche Informationen von „Wikileaks“ überraschte allerdings auch dies kaum jemanden. (*Katholisches*, 29.11.10)

Als nächsten Schritt will „Wikileaks“ knapp 900 vertrauliche Dokumente zum Vatikan veröffentlichen. Die Texte stammen aus der Feder von US-Diplomaten und betreffen die Jahre 2001-2010. In den meisten Geheimberichten gehe es um die Haltung des Vatikans zu Menschenrechten und Religionsfreiheit. Der Heilige Stuhl sieht der Publizierung mit Unruhe entgegen; die Vatikanzeitung *Osservatore Romano* hat die

Veröffentlichungen der letzten Tage bereits verurteilt; ein Erzbischof meinte, die Wikileaks-Aktionen verstießen gegen das siebte Gebot „Du sollst nicht stehlen“, was dann allerdings für Steuersünder-CDs noch viel mehr gelten müsste. Damals war die Kirche jedoch stumm geblieben, profitiert sie doch von Steuernachzahlungen indirekt mit. (*Radio Vatikan*, 3.12.10)

## Lateinamerika

### *Bolivien*

I (4102) **Bogota**. Der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Jesus Gervasio Perez Rodriguez, hat den Präsidenten Evo Morales heftig kritisiert, weil er und seine Regierung eine „ausschließende Politik“ betrieben und es am Dialog mit der konservativen Opposition und den wohlhabenden Gruppen in der Gesellschaft fehlen lasse.

Präsident wies dies zurück. Die Bischöfe stünden für „eine vertikale Demokratie“. Zugleich bezeichnete sich der Staats- und Regierungschef als „einen wahren Katholiken“. (*kipa* [katholische internationale Presseagentur in der Schweiz], 22.11.10)

## Asien

### *Israel*

I (4103) **Tel Aviv**. Die israelische Regierung will 85 Millionen Schekel (etwa 17 Millionen Euro) in die Entwicklung des Klagemauerplatzes und seiner Umgebung investieren. Ziel sind eine bessere Zugänglichkeit sowie bessere Transportwege zu der meistbesuchten Stätte Israels. Außerdem sollen „Bildungsaktivitäten“ für Studenten und Soldaten entwickelt werden. Problematisch ist die staatliche Investition, weil sie die Kosten für die wichtigste religiöse Stätte für Juden im Land allein trägt. (*reuters*, 22.11.10)

### *Pakistan*

I (4104) **Karachi**. Bei der nächsten Parlamentssitzung soll ein Gesetzesvorschlag für eine Revision des umstrittenen Blasphemie-Paragrafen vorgelegt werden. Das gab die muslimische Abgeordnete Sherry Rehman in einer Mitteilung bekannt. Die Gesetzesinitiative soll nach verschiedenen gescheiterten Anläufen ein erneuter Versuch sein, das Gesetz zu überarbeiten, das für eine Beleidigung von Mohammed oder dem Koran die Todesstrafe vorsieht. Das Gesetz wird in Pakistan häufig gegen Angehörige von Minderheiten instrumentalisiert, aber auch im Streit von Moslems untereinander. Der Papst hatte sich persönlich für eine Änderung eingesetzt – aber nur, weil derzeit eine Christin unter Anklage steht. (*fides* [vatikanischer Informationsdienst für Asien], 19.11.10)